

Herrn Präsident
Mag. Dr. Harald Mahrer
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Zu Punkt **5.12**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes
vom 30.11.2023

Wien, am 09.11.2023

Antrag an das WKÖ-Wirtschaftsparlament am 30.11.2023

Statt neuer Steuern - Konjunkturpaket für unsere Wirtschaft!

Österreich ist ein Hochsteuerland und die Maßnahmen der Politik - wie die teilweise Abschaffung der kalten Progression - haben nur verhindert, dass die Belastungen nicht weiter steigen. Mit 43,6 Prozent liegt man klar über dem EU-Durchschnitt von 41,2 Prozent und schwächt damit massiv die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.

Den Ruf nach Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuern der „Linken Fraktionen“ lehnen wir daher entschieden ab! Steuerpolitisches Ziel muss die Senkung der Abgabenquote sein und keine neuen Steuern! Eine Erbschaftssteuer kann zudem dazu führen, dass Unternehmen, einschließlich Familienunternehmen, zerschlagen werden. Das kann schwerwiegende Auswirkungen auf Produktion, Beschäftigung und Wachstum am Standort Österreich haben.

Eine Vermögenssteuer schwächt zudem die Investitionskraft, da Unternehmen Gewinne für zusätzliche Steuern verwenden müssen. Bei fehlenden Gewinnen belastet die Steuer das vorhandene Vermögen oder erfordert die Aufnahme neuer Schulden. Das ist angesichts der hohen Zinsenlast inakzeptabel! Laut einer IHS-Studie würde nämlich bei Einführung einer Vermögenssteuer in Österreich mit einem Aufkommen von 1 Mrd. EURO ein langfristiger Rückgang des BIP um 0,65% (rund 3 Mrd. EURO) und ein Beschäftigungsrückgang drohen.

Jedes Vermögen, das besteuert werden soll, wurde bereits durch andere Steuern - wie die Einkommens- oder die Kapitalertragssteuer - besteuert. Erbschafts- und Vermögenssteuern führen daher zu einer Doppelbesteuerung! Das gilt es zu verhindern!

Wirtschaft braucht Rückenwind und keine neuen Steuern!

Was es braucht, sind Konjunkturpakete, die unsere Wirtschaft aus dem Tal der Tränen wieder ins Licht führt. Die Schwarz-Grüne Regierung erzeugt derzeit nur Gegenwind für unsere Betriebe. Anstatt die Wirtschaft zu entlasten, wird die Belastung mittlerweile unerträglich. Neue Ideen und Lösungsansätze unterliegen derzeit einem Denkverbot. Dabei ist „Wirtschaft Neu Denken“ ein Gebot der Stunde. Die alten Gleise müssen endlich verlassen werden, goldene Kälber geschlachtet und sämtliche Tabus aufgehoben werden. Auch der grüne Kreuzzug gegen die Automobil-Wirtschaft muss ein Ende haben.

Wir jedenfalls wollen die Wirtschaft auch im Bereich der Verwaltung entlasten, denn es kann nicht sein, dass jeder Unternehmer bis zu 1.000 Stunden gratis für den Staat leisten muss.

Daher stellen die unterfertigten Delegierten folgenden

ANTRAG

Der Präsident sowie die Organe der WKÖ werden dringend ersucht, sich bei der Bundesregierung mit nachstehenden Maßnahmen für eine sofortige Entlastung der Betriebe einzusetzen:

Mobilität

- Abschaffung der NOVA auf betrieblich genutzte Fahrzeuge
- Vorsteuerabzug aller betrieblich genutzten Fahrzeuge
- Reduktion des Sachbezug für PKW bis Anschaffungswert € 60.000.- für Unternehmer
- Erweiterung der Liste der vorsteuerabzugsberechtigten betrieblich genutzten Fahrzeuge
- Anpassung der Angemessenheitsgrenze für PKW an die Inflation

AFA

- Anpassung der AFA -Zeiträume an die echten Abnutzungszeiten
- Erhöhung der Grenze der geringfügigen Wirtschaftsgüter auf € 2.500.-
- Erhöhung des Grundfreibetrages von 13 auf 20 Prozent
- Einführung einer degressiven Abschreibung

Kostenfaktor Arbeit entlasten:

- Reduzierung der Lohnabgaben auf die jährlichen Lohnerhöhungen
- Auflistung aller Lohnnebenkosten in den Lohnzetteln (auch AK-Beiträge)
- Vereinfachung der Lohnverrechnung und Lohnabgaben
- Abschaffung von Mehrfachversicherung in der Sozialversicherung
- Vereinfachung des Steuerrechts

Weniger Bürokratie - mehr Effizienz:

- Beraten statt strafen!
- Beauftragten-Unwesen eindämmen
- Ende der Mehrfachmitgliedschaft in der Wirtschaftskammer
- Bürokratiecheck für neue Gesetze
- Wettbewerb zur Identifikation und Abschaffung sinnloser Regulierungen

Mit diesem Konjunkturpakt könnten wir den Wirtschaftsmotor im Land wieder zum Laufen bringen!



Bgm. KommR Matthias Krenn
WKÖ-Vizepräsident



Reinhard Langthaler
WP-Delegierter



Günther Bürger
WKK-Vizepräsident, WP-Delegierter